

ZWECKVERBAND VERKEHRSGEMEINSCHAFT REGION INGOLSTADT

| | |
|------------------------------|--|
| BESCHLUSSVORLAGE | |
| V356/20 öffentlich | Geschäftsleiter Frank, Robert, Dr. Telefon 97 43 93 14 Telefax 97 43 93 99 E-Mail vgi@invg.de Datum 22.07.2020 |

| Gremium | Sitzung am | Beschlussqualität | Abstimmungs- ergebnis |
|--|------------|-------------------|--------------------------|
| Zweckverband Verkehrsgemeinschaft Region Ingolstadt, Verbandsversammlung | 30.07.2020 | Entscheidung | |

Beratungsgegenstand

Bewerbung als ÖPNV-Modellregion des BMVI

Antrag:

Die Verbandsversammlung wolle beschließen:

Die Geschäftsleitung wird beauftragt, für den Zweckverband VGI eine hochqualitative Bewerbung für das Förderprogramm „ÖPNV-Modellregion“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu erstellen und rechtzeitig einzureichen.



Dr. Robert Frank
Geschäftsleiter

Sachvortrag:

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale/BMVI beabsichtigt die Ausreichung von Fördermitteln in Höhe von insgesamt 300 Mio. EUR an 10 deutsche „Modellregionen ÖPNV“. Das Förderprogramm ist ein Bestandteil im Bundesetat ab 2021 des für den Klimaschutz vorgesehenen umfangreichen Maßnahmenbündels aus 2019. Bereits mit Schreiben vom 04.11.2019 wurde im Namen der VGI eine Interessensbekundung zur Teilnahme am Förderprogramm an das BMVI gerichtet, siehe Anlage. Am 28.01.2020 führte das BMVI in Berlin eine Informationsveranstaltung zum geplanten Fördervorhaben durch, an der der Geschäftsleiter Dr. Frank teilnahm. Aufgrund der Coronavirus-Krise kam es im BMVI zu Verzögerungen im weiteren Ablauf, mit einem sog. Förderaufruf wird nun noch im dritten Quartal 2020 gerechnet. Vorbehaltlich der detaillierten Förderbedingungen werden voraussichtlich folgende Maßnahmen gefördert:

- Verbesserung der Angebots- und Betriebsqualität
- Vernetzung von Auskunft- und Vertriebssystemen
- Innovative Tarifangebote
- Weitere Maßnahmen

Der Förderbetrag pro Empfänger beträgt 30 Mio. EUR, der Förderzeitraum erstreckt sich über 3 Jahre. Die Förderquote kann bis zu 80% umfassen, wobei eine Komplementär-Förderung durch andere möglich sein soll. Aktuell liegt das gesamte Förderprojekt bei der EU-Kommission zur Erlangung der europarechtlich erforderlichen sog. EU-Notifizierung. Nach Aussage des BMVI wird von den Bewerbern ein integriertes Gesamtkonzept zur nachhaltigen Verbesserung des ÖPNV erwartet, das auch Raum für Kooperationen mit geeigneten Partnern lässt.

Unter Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen beabsichtigt die Geschäftsleitung die Erstellung einer sog. Förderskizze, die die spezifischen Stärken zur Mobilität im VGI-Tarifgebiet in den Vordergrund stellt. Durch die Antragstellung der VGI sind sämtliche Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträger im ÖPNV integriert. Zudem haben bereits wichtige Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft ihre Unterstützung signalisiert, vor allem IHK, Audi, Airbus, die beiden Hochschulen THI und KU sowie die IFG, die zudem punktuell weitere Partner wie das brigk einbindet.

Ein zentraler Aspekt der Förderskizze soll eine nachhaltig wirksame ÖPNV-Angebotsoffensive sein. Dies bedeutet sowohl Angebotsverbesserungen wie Verlängerung von bestehenden oder die Schaffung von neuen Buslinien, neue Bedienformen wie on-demand-Verkehre, als auch der Ausbau der dynamischen Fahrgastinformation, die Weiterentwicklung der INVG-App und der Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Auswertung bestehender Datenbanken. Als weitere Maßnahme könnte ein erster Aufschlag für den Einsatz eines autonomen Busses im VGI-Gebiet erfolgen.

Für die VGI ist das BMVI-Förderprogramm im Hinblick auf die bereits ins Auge gefassten Digitalisierungsprojekte von besonderem Interesse, da die voraussichtliche Förderquote des Bundes mit 80% sehr hoch und eine ergänzende Landesförderung möglich ist.

Aufgrund der hohen Attraktivität des BMVI-Förderprogramms ist jedoch mit einem sehr großen und professionellen Feld an Wettbewerbern zu rechnen. Angesichts dieses hohen Konkurrenzdrucks führt die Geschäftsleitung bereits jetzt vor Veröffentlichung der konkreten Förderbedingungen vielfältige Vorarbeiten durch, um sodann zeitnah und fristgerecht eine adäquate Bewerbung einreichen zu können.

Ein positiver Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am BMVI-Bewerbungsverfahren stellt eine wichtige erste politische Unterstützung für das Vorhaben dar.